

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **16.Mai 2017** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.10** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **17** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Steffen Seibert (V)
Harald Denecken (V)
Thomas Metzger (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke
Bauamtsleiterin Patricia Arnold

Zu TOP 1: **Rainer Emig, Leiter des Polizeireviers**
Karlsruhe-Waldstadt
Michael Neumann, Leiter Polizeiposten
Neureut

Zu TOP 2: **Sandra Bodemer, Leiterin des**
Jugendtreffs „Trafohäusle“
Sinem Alkan, Jugendtreff „Trafohäusle“

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **03.05.2017** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **11.05.2017** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Sicherheitslage in Neureut – Bericht des Polizeireviers
Karlsruhe-Waldstadt
schriftliche Vorlage Nr. 20/2017**

Eingangs begrüßt der Vorsitzende neben den interessierten Zuhörenden im Sitzungssaal ganz besonders den Leiter des Polizeireviers Waldstadt, Rainer Emig sowie Polizeihauptkommissar Michael Neumann, Leiter des Neureuter Polizeipostens. Der Neureuter Polizeiposten gehört zum Revier Waldstadt.

Emig präsentiert dem Gremium einen Überblick der Straftaten insgesamt und wie sie sich auf die einzelnen Deliktsfälle verteilen. Zudem setzt er sie in Beziehung zu den stadt- und landesweiten Zahlen sowie zur Bevölkerung. Er stellt dazu die Größe der Kriminalitätsbelastung vor, also die Anzahl der Straftaten bezogen auf 1000 Einwohner. 10-Jahres-Vergleiche in bestimmten Deliktsbereichen vervollständigten seinen Vortrag. Bei den Straftaten insgesamt gebe es in Neureut einen moderaten Anstieg um 10 Taten von 649 in 2015 auf 659 in 2016, was eine Zunahme von 1,5 % bedeute. Dies stehe gegen den Trend in der Stadt Karlsruhe wie auch in Baden-Württemberg, bei denen die Zahlen zurückgingen. Es gebe allerdings nur einen leichten Unterschied zu den landesweiten Zahlen, betont er. Beim Mittelwert im Zehnjahresbereich von 610 Fällen liege man absolut gesehen mit 50 Fällen darüber. Fast alle Karlsruher Stadtteile liegen beim stadtweiten Vergleich, mit einigen Ausnahmen wie z.B. Hohenwettersbach, Stupferich und Grötzingen, bei der Kriminalitätsbelastung schlechter als Neureut. Insgesamt lebe man nach wie vor sehr sicher in Neureut, untermauert Polizeirat Emig. Erfreulich sei auch, dass die Aufklärungsquote zum zweiten Mal in Folge gestiegen sei und zwar von 43,1% auf 45,7%.

Wie sich die Straftaten auf die einzelnen Deliktsbereiche prozentual verteilen, erläutert Emig ebenfalls: Einfacher und schwerer Diebstahl (45,8%) sowie Betrug mit 9,7% machen insgesamt über 55 % aller Straftaten in Neureut aus. Körperverletzungen schlagen mit 9,1% zu Buche. In die Bereich Mord/Totschlag/Sexualdelikte fallen 1,2%. Rauschgiftdelikte gehen mit 5% und sonstige Straftaten mit 29,1% in die Statistik ein. Beim Betrachten, wie sich die Straftaten in markanten Bereichen entwickelt haben, fällt auf, dass es bei den Wohnungseinbrüchen eine Zunahme um nahezu 112% gibt. Und auch die schweren Fahrraddiebstähle haben um 30,8% ebenso zugenommen wie Körperverletzungsdelikte um 21,6%. Einen drastischen Trend nach oben nahmen mit 65% auch die Drogendelikte. Dennoch relativiert Emig hier, denn der massive Fahndungsdruck in der Innenstadt führte zu

einer kurzfristigen Verlagerung nach Neureut. Dies habe die Polizei aber zwischenzeitlich wieder im Griff.

Bei den 36 Wohnungseinbrüchen sei es bei der Hälfte beim Versuch geblieben. Dennoch reagiere man mit verstärkter Polizeipräsenz darauf. Allerdings sei man auch auf die Mithilfe aus der Bevölkerung angewiesen. Emig appelliert an die Bürger, Häuser und Wohnungen zu sichern und verdächtige Personen auf der Straße sofort der Polizei zu melden.

Organisierte Gruppen haben sich bei den Fahrraddiebstählen auf hochwertige Räder spezialisiert. Das Fahrrad müsse auch in Garagen geeignet gesichert sein, so Emig. Zu den Tatverdächtigen gibt der Polizeirat an, dass in 2016 unter den 266 tatverdächtigen Personen 66% (176) Deutsche und 34% (90) Nichtdeutsche gewesen seien. Bei den Heranwachsenden unter 21 Jahren sei ein Rückgang in der Größenordnung von 10% zu verzeichnen – wofür Emig auch auf die sehr aktive Tätigkeit des Neureuter Jugendsachbearbeiters beim Polizeiposten, Rainer Weinbrecht, hinweist. Man lege großen Wert auf die Jugendarbeit.

Zudem erläutert Rainer Emig, was die Polizei im Bereich Neureut 2016 noch beschäftigte, wobei insgesamt 1737 Ereignisse bearbeitet wurden (ohne Straftaten). Davon waren beispielsweise 64 Ruhestörungen, 70 Streitigkeiten, 15 Randalierer, 20 Gewahrsamnahmen, 56 Fehllarme, 47 Vorführbefehle, 15 Führerscheindelikte, 126 Kleinstunfälle (davon 5 Wildunfälle), 130 Verkehrsunfälle mit Sachschaden (inklusive Unfallfluchten), 41 Verkehrsunfälle mit Personenschaden (6 Schwer- und 42 Leichtverletzten) zu bearbeiten.

Insgesamt bilanziert er abschließend einen leichten Anstieg der Straftaten bei Wohnungseinbruchdiebstahl, Fahrraddiebstahl, Körperverletzungen und Rauschgiftdelikten. Es gab einen Rückgang bei PKW-Aufbrüchen und Betrug, die Kriminalitätsbelastung ist in Neureut unterdurchschnittlich und die Aufklärungsquote hat sich erhöht. Die Polizei werde sich darum kümmern, den Trend zu ändern, verspricht er im Hinblick auf die Zunahmen der Straftaten.

Auf die Nachfrage von **Ortschaftsrat Herbert Böllinger**, wie Drogendelikte näher definiert werden und wo dabei Schwerpunkte liegen, erläutert Michael Neumann, dass es sich bei 90% um Cannabisprodukte handle und auch Amphetamine. Die Verdrängung vom Schlossplatz sei in den Bereich der Straßenbahnhaltestelle Heide erfolgt – dies habe sich aber nach Kontrollen sofort wieder gelegt.

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt will zur Drogenproblematik wissen, ob es hier eine Zunahme auf den Schulhöfen gebe, wie man es immer wieder höre? Auch hier verweisen Emig und Neumann auf die guten

Präventionsmaßnahmen und entsprechende Schulveranstaltungen - die Polizei stehe in engem Kontakt mit den Schulen. Es existieren sehr gute Beziehungen zu sämtlichen Schulleitern und Lehrern. Man könne, so Neumann, nicht bestätigen, dass in Schulhöfen mit Drogen gehandelt werde oder es als Problem anzusehen sei. Zudem würden die Schulleitungen die Polizei informieren, wenn sie etwas beobachten oder finden würden. Es gebe im Bereich der Schulen keinerlei Anzeichen dafür.

Am Ende der Ausführungen bezeichnet der Vorsitzende die vorgestellten Zahlen und ihre Analyse als „versöhnliche Zusammenfassung“, denn das Verhältnis Einwohnerzahl und Kriminalitätsbelastung stelle sich in Neureut doch als sehr gering dar. Er weist noch auf das von Ortschaftsrat Herbert Böllinger bereits im vergangenen Jahr angesprochene Thema der „Sachbeschädigungen“ hin. 2016 sei, wie damals vom Ortschaftsrat gewünscht, von der Ortsverwaltung insgesamt 11 Vorkommnisse an die Polizei gemeldet worden. Hauptsächlich habe es sich dabei um Graffiti oder um beschädigte Parkbänke gehandelt. Man habe zwei Rückmeldungen erhalten, wo die Verfahren eingestellt wurden. Eine detaillierte Liste der gemeldeten Vorkommnisse wird noch zur Verfügung gestellt.

Ortschaftsrat Herbert Böllinger dankt für den positiven Bericht, den die Polizei gegeben habe. Er erinnert nochmals daran, er habe bereits letztes Jahr bedauert, dass gerade die Sachbeschädigungen in der Statistik bei den übrigen Delikten aufgehen. Denn Sachbeschädigungen bzw. auch Vandalismus seien Gewaltdelikte, beispielsweise wenn eine Parkbank in den Heidensee versenkt oder auf Plakatwände geschossen werde. Solche Ereignisse finden in der Statistik keine besondere Erwähnung. Es sei jedoch sein Wunsch, dass man dies gesondert feststelle. Denn hierbei werde eine Gewaltbereitschaft deutlich, die in der Bevölkerung vorhanden sei und bekämpft werden müsse.

Es gebe eine Übersicht, die dem Gremium noch zur Verfügung gestellt und in der auch auf die Sachbeschädigungen dezidiert eingegangen werde, so Emig – diese sei aber nicht Bestandteil des Vortrags gewesen. Dieser Deliktsbereich sei 2016 von 28 auf 35, also um 7 Fälle angestiegen. Es handelt sich dabei um keinen gravierenden Anstieg, zieht Emig den Vergleich zu den Wohnungseinbrüchen oder Fahrraddiebstahl. Trotzdem gehe die Polizei natürlich jedem Hinweis auf Sachbeschädigung nach.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Bericht des Polizeireviers Karlsruhe-Waldstadt zur Sicherheitslage in Neureut zur Kenntnis.

**Zu Punkt 2 der T.O.: Bericht über die aktuelle Jugendarbeit im Jugendtreff
"Trafohäusle"
schriftliche Vorlage Nr. 21/2017**

Einleitend zu den Ausführungen über das Neureuter Trafohäusle gibt der Vorsitzende bekannt, dass in Neureut 1020 Kinder unter 6 Jahre leben, 1500 zwischen 6 und 15 Jahren sowie 550 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, also insgesamt 3050 Menschen, die 16,5 % der Neureuter Einwohnerzahl ausmachen. Dies zeige, wie wichtig Kinder- und Jugendarbeit sei. Zahlreiche unter ihnen seien in Neureuter Vereine und Organisationen aktiv eingebunden, dennoch gebe es darunter auch einige Kinder und Jugendliche, die einen anderen Weg suchen – ein gutes Beispiel hierfür sei seit Jahrzehnten das Trafohäusle.

Sandra Bodemer, langjährige Leiterin des Kinder- und Jugendhauses Trafohäusle, sowie **Kollegin Sinem Alkan**, ziehen bei ihrem Bericht über die aktuelle Arbeit im Trafohäusle eine äußerst positive Bilanz. Dies belegten sie anhand von Ergebnissen einer Onlinebefragung, die stadtweit im Februar 2016 in allen Kinder- und Jugendeinrichtungen des Stadtjugendausschusses in Form einer Besuchererhebung stattfand. Zudem könne sie, so die Leiterin des Jugendtreffs, was im vorhergegangenen Vortrag zur niedrigen Jugendkriminalität in Neureut ausgesagt wurde, bestätigen - auch im Austausch mit dem Jugendsachbearbeiter des Neureuter Polizeipostens, Rainer Weinbrecht. Sie hoffe, dass die Arbeit im Trafohäusle einen Beitrag hierzu leiste.

Zur Onlinebefragung führt Bodemer aus, seien in einem zweiwöchigen Zeitraum täglich zu festgelegten Zeiten die Kinder und Jugendlichen, die die Einrichtung besuchten, gezählt worden. Gleichzeitig konnten in diesem Zeitraum Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren an einer Onlinebefragung über „ihr“ Jugendhaus teilnehmen. Hierbei war es für die Jugendlichen auch möglich, verschiedene, natürlich anonyme Daten über sich anzugeben und mitzuteilen, wie wichtig ihnen ihr jeweiliges Jugendhaus ist und was sie dort gerne tun.

Dazu stellt Sandra Bodemer dem Gremium Daten und Auswertungen für das „Trafohäusle“ vor.

Der Offene Bereich des „Trafohäusle“ wird statistisch am Tag von 52 Kindern und Jugendlichen besucht. Hinzu kommen täglich 19 Kinder und Jugendliche, die an Schulprojekten, Ferien- und Spielangeboten, Kursen und anderen Veranstaltungen teilnehmen. Das ergibt eine rechnerische Größe von 71 Besuchern täglich. Der überwiegende Teil der Besucher kommt dabei direkt aus Neureut (88%). Die weiteren Besucher sind teilweise aus Eggenstein – Leopoldshafen oder Jugendliche,

die ursprünglich in Neureut gewohnt haben, inzwischen aber in andere Stadtteile gezogen sind. Von der Altersaufteilung sind die meisten Besucher*innen zwischen 17 – 21 Jahren (70%). Zu den Werten analysiert Sandra Bodemer, tatsächlich sei im Kinder- und Jugendhaus die Altersgruppe der 14 – 16-jährigen aktuell unterrepräsentiert. Dies liegt vor allem wahrscheinlich daran, dass sich der automatische „Nachzug“ von Jugendlichen in diesem Alter durch den Wegfall der Werkrealschule verringert hat. Im „Kids Day“, dem Angebot für die Altersgruppe 6 – 12 Jahren, gibt es aber stabile Zahlen von ca. 20 – 25 Besuchende, die mittlerweile größtenteils aus der Realschule Neureut stammen. Diese wurden statistisch nicht erfasst, da sich die Altersverteilung aus den Daten der Onlinebefragung ergab. Im „Trafohäusle“ sind überdurchschnittlich viele Mädchen vertreten (44%) und die meisten Besucher kommen von der Werkrealschule, sind Auszubildende oder Berufstätige. Realschüler und Gymnasiasten sind (bisläng) unterrepräsentiert. Dies nährt zum einen die Theorie innerhalb der Sozialarbeit, dass Jugendliche sich gerne in homogenen Gruppen bewegen, und stellt die Soziale Arbeit gleichzeitig vor die Herausforderung trotzdem möglichst allen Kindern und Jugendlichen „die Tür“ zum Jugendhaus aufzuhalten.

Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund seien im „Trafohäusle“ nahezu gleich vertreten und es gebe auch keine bestimmte Gruppe an Nationalitäten, die mehrheitlich vertreten sei oder ausgeschlossen werde. Vielmehr spiele die Herkunft keine Rolle beim Zugang in das Kinder- und Jugendhaus. Hierbei gibt es unter den Kindern, aber auch den Jugendlichen eine große Toleranz. Des Weiteren wurde bei der Onlinebefragung das Besucherverhalten befragt, ihre Interessen und ihre Beurteilung des Jugendhauses. Das „Trafohäusle“ hat dabei überdurchschnittlich viele „Stammbesucher“. 61% geben an, dass Jugendhaus täglich zu besuchen. Und die Besucher kommen auch über einen überdurchschnittlich langen Zeitraum. Ebenfalls 61% geben an, das Kinder- und Jugendhaus bereits seit über 5 Jahren zu besuchen. Das ist natürlich ein tolles Lob für das Trafohaus und zeigt, dass sich Kinder und Jugendliche in der Einrichtung wohlfühlen und aufgehoben fühlen. Und es lasse vermuten, dass die pädagogischen Schwerpunkte der Arbeit bei den Kindern und Jugendlichen ankommt und von ihnen geschätzt werde. Untermauert wird dies noch dadurch, dass die Jugendlichen zu 60% angeben, dass das Jugendhaus für sie im Vergleich zu ihren sonstigen Freizeitaktivitäten eine hohe bzw. sehr hohe Bedeutung hat. Was die Jugendlichen im „Trafohäusle“ sehr gerne tun, ist Freunde treffen, das Internet nutzen, Musik

hören und machen, Kochen und sich handwerklich betätigen. Weniger interessiert sind sie an Sport und Konsolenspielen. Für die Jugendlichen überdurchschnittlich wichtig ist es, dass sie im Kinder- und Jugendhaus Hilfe bei Problemen erhalten (87%), hier selbst entscheiden können, was sie zu tun (85%), Erwachsene haben, die zuhören (79%), aber auch in Ruhe gelassen werden (76%). Auch hier zeige sich das pädagogische Konzept der Einrichtung und der Offenen Arbeit insgesamt, ist sich die Leiterin sicher, denn das pädagogische Konzept stimme. Jugendliche brauchen und suchen Räume, in denen sie selbst entscheiden können und nicht an Vorgaben und Leistung gebunden sind. Sie wollen und müssen sich frei entfalten, um sich selbst entdecken zu können, unabhängig von permanenter pädagogischer Bevormundung. Gleichzeitig suchen und brauchen sie aber auch Erwachsene, die ihnen vorurteilsfrei bei Problemen und Schwierigkeiten zur Seite stehen. Im „Trafohäusle“ ist bereits seit vielen Jahren die Unterstützung bei Bewerbungsschreiben und bei Schulschwierigkeiten sehr angefragt. Nicht zuletzt empfinden die Kinder und Jugendlichen im „Trafohaus“ auch ein überdurchschnittliches Mitsprache- und Entscheidungsrecht. Sie geben zu 100% an, dass sie bei Gestaltung der Räumlichkeiten, Anschaffungen und Ausstattung beteiligt werden und zu 91% bei der Programmgestaltung. Das zeige, unterstreicht Sandra Bodemer, dass auch das Beteiligungskonzept bei den Jugendlichen ankomme.

Anschließend gibt Ortsvorsteher Jürgen Stober noch bekannt, dass für den in Kirchfeld Nord aufgestellten Container4you vom Bauordnungsamt eine Duldung für die kommende Zeit ausgesprochen wurde – allerdings nur so lange, bis das Grundstück einer neuen bebauungsplankonformen Nutzung zugeführt werde. Mittlerweile habe man auch den Stadtjugendausschuss dazu mit ins Boot geholt.

Präventiv werde hier auch Jugendarbeit durch Rainer Weinbrecht vom Polizeiposten geleistet. Unter Verweis auf die Rahmenbedingungen (Strom, Wasser Sperrungen wegen Bauarbeiten etc.) meint Bodemer hinsichtlich der Aktivitäten im Container4you, es seien zeitliche/personelle aber auch witterungsbedingte Aspekte dazu anzuführen, weshalb diese noch nicht stattgefunden haben, es sei aber noch nicht vergessen. Viele Kinder seien jedoch auch in Vereine eingebunden, deshalb sei es für diese nicht so einfach Zeitfenster für den Container zu haben. Bei den Spielaktionen auf dem Wikingerspielplatz werden sehr viele Kinder erreicht, macht sie deutlich.

Zum Jugendzentrumsverein führte Sandra Bodemer aus, er würde seit längerer Zeit brachliegen. Hier habe es parallele Entwicklungen gegeben. Drei Personen würden

sich jetzt sehr engagieren, man habe eine Generation überspringen müssen. Denn diese, so sei es auch kommuniziert worden, hätten den Verein nicht im Sinne geführt, wie er gedacht sei. Man wollte nicht, dass ein Verein nur aus Eigennutz geführt werde. Deshalb sei der Verein eine Zeit lang brach gelegt gewesen. Seit einiger Zeit engagieren sich einige Mädchen sehr gut ehrenamtlich.

Fragen und Hinweise aus den Reihen des Ortschaftsrates betreffen unter anderem den Jugendzentrumsverein, das Containerprojekt in Kirchfeld sowie Nachbarschaftshilfe, die nach Auskunft nach Sandra Bodemer nur noch äußerst selten angefragt werde.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber wollte wissen, nachdem zeitweise eine Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus dem Bettenhaus das Trafohäusle frequentiert habe, ob dies immer noch der Fall sei?

Es habe ein friedliches Miteinander gegeben, nach einem personellen Umbruch sei dann der Kontakt abgebrochen – man wisse nicht, ob überhaupt noch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dort untergebracht seien, antwortet Sandra Bodemer.

Dr. Stephanie Hugenschmidt, Fraktionsvorsitzende, regt an, die Spielaktion, die eine gute und lange Tradition habe und früher auf dem Joseph-Groß-Platz stattfand, zwischenzeitlich jedoch nur noch auf dem Wikinger-Spielplatz in Kirchfeld Nord angeboten werde, auch am Joseph-Groß-Platz wieder zu installieren. Denn es sei ein wichtiger Aspekt gewesen, den neuen mit dem alten Teil von Kirchfeld zusammenzuführen. Mit dem gewünschten wechselseitigen Angebot könne der Austausch in beide Richtungen gehen – dies sei immer eine grundlegende Sache für ein gutes Miteinander.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht ist überrascht, dass täglich so viele Besucher das Trafohäusle aufsuchen und auch darüber, weil es viele Ältere zwischen 17 und 21 Jahren sind. Das Angebot des Trafohäusles muss ihnen gut gefallen, sonst kämen sie nicht noch immer hierher, meint sie. Allerdings bedauert die Ortschaftsrätin auch, dass einige Jugendliche ins Trafohäusle gehen müssen, um einen Ansprechpartner bzw. die Unterstützung zu finden, die man eigentlich von zu Hause haben müsse.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber spricht einen Dank für die sehr wertvolle, integrative Arbeit aus, die im Trafohäusle geleistet werde, meint sie im Hinblick auf die unterschiedlichen Herkunftsländer der Jugendlichen. Es werde eine tolle Arbeit geleistet mit viel Freiheiten und Aktivierung der Jugendlichen. Dies zeichne sich ab und sei erfreulich.

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider betont die wichtige Aufgabe, die die Mitarbeitenden des Trafohäusles als Ansprechpartner erfüllen. Sie schlägt auch vor, den direkten Dialog von Ortschaftsrat, Ortsverwaltung mit den Jugendlichen, der bereits in Abständen stattgefunden habe, weiterzuführen.

Abschließend dankt der Vorsitzende, wie dies zuvor die Politiker und Politikerinnen parteiübergreifend getan haben, dem „tollen Team“ des Trafohäusles für seine Arbeit. Es solle das Boot „Trafohäusle“ weiter auf Kurs halten. Eventuell könne man wieder, wie angeregt, einen gemeinsamen Frühschoppen mit Besuchern des Trafohäusles veranstalten.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Bericht über die aktuelle Jugendarbeit im Jugendtreff "Trafohäusle" zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Baumbestand in der Oberfeldstraße **Hier: Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom** **12.02.2017** **schriftliche Vorlage Nr. 22/2017****

Ein Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 12.02.2017 beschäftigt sich mit dem Baumbestand in der Oberfeldstraße. Dazu führt Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht aus, es sei zweifellos, dass der Baumbestand in der Oberfeldstraße ein sehr schöner und wichtiger für Neureut sei. Und er liege auch seiner Fraktion sehr am Herzen, meinte Lamprecht auch im Hinblick auf seine ökologische Bedeutung. Dennoch sehe seine Fraktion Handlungsbedarf bei den groß gewachsenen Bäumen, die ihrer Meinung nach auch Gefahren und Probleme bergen - in erster Linie für die Verkehrssicherheit. Denn der Baumbestand trage sehr viel Totholz in sich. Deshalb gebe es immer wieder die Situation, dass Äste auf den Fahrradweg herunterfallen oder Autos beschädigen – dies stelle ein Gefahrenpotential dar. Ein weiteres sehe seine Fraktion darin, dass durch die Baumwurzeln oft der Gehweg bzw. Straßenbelag angehoben werde. Es gebe Stellen, wo der Fahrbahnbelag bzw. Gehwegbereich um 20cm angehoben sei, obwohl hier von der Ortsverwaltung bereits nachgebessert wurde. Dies sei eine Stolpergefahr vor allem für ältere Bürger aber auch für Kinder, die den Bereich sehr stark als Schulweg nutzen. Ein dritter Punkt, der vor allem für die Anwohner sehr ärgerlich sei, ist die Tatsache, dass das Wurzelwerk der Bäume Schäden an Wasserrohren und Abwasserleitungen verursache. Der Eigentümer des Grundstücks sei nämlich für das Abwasserrohr bis

zur Einmündung in die Kanalisation verantwortlich. Deshalb sind Schäden daran für die Eigentümer teilweise mit extremen Kosten verbunden. Bei all dem sehe die CDU-Fraktion Handlungsbedarf, so Lamprecht, wie man die Probleme lösen könne. Eine drastische Lösung stelle das Fällen der Bäume dar, was aber nicht im Sinne der Fraktion sei. Wenn aber nichts andere möglich sei, müsse danach sofort eine Ersatzbepflanzung erfolgen, denn man wolle eine Baumbepflanzung in dieser Straße auf jeden Fall erhalten.

Auf die vorliegende Stellungnahme der Ortsverwaltung eingehend, fordert er zudem ein Hinzuziehen des Gartenbauamtes in die Thematik ein.

Die Ortsverwaltung spricht sich für den Erhalt des vorhandenen Baumbestandes und dessen weitere Pflege aus, denn ein Entfernen der Platanen würde den Charakter der Straße gravierend verändern. Man wolle, so erläutert der Vorsitzende, wenn eine Verbesserung erfolgen solle, die Baumstandorte erweitern und neue Parktaschen anlegen. Dies soll gemeinsam mit dem städtischen Gartenbauamt und dem Tiefbauamt in Planungen bewältigt werden – dafür wird sich die Ortsverwaltung mit diesen Fachämtern in Verbindung setzen.

Die Oberfeldstraße sei als Verteilerstraße für ein Wohngebiet großzügig angelegt worden und biete eben auch die Möglichkeit für großkronige Bäume, heißt es in der Stellungnahme. Im Gegensatz zu vielen anderen Standorten in Neureut sei hier ausreichend Abstand zu den Häusern gegeben. Ein Ersatz mit sogenannten kleinkronigen Bäumen hätte massive Folgen - das Kleinklima würde sich drastisch ändern, an heißen Tagen ist es unter großkronigen Bäumen bis zu 8°C kühler, die Bäume filtern etwa 70% der Staubbelastung und liefern pro Baum bis zu 1200l Sauerstoff. Auch die Kohlenstoff - Bindung darf heute nicht mehr vernachlässigt werden – bis zu 4,2kg CO² verarbeitet ein Baum in der Stunde. Ein „drastischer“ Rückschnitt hätte neben dem Kapazitätsverlust und dem ästhetisch fraglichen Erscheinungsbild auch einen vermehrten Pflegaufwand zur Folge, da die Bäume den Verlust innerhalb eines Jahres durch vermehrten Austrieb ausgleichen. Die Totholz-Problematik besteht grundsätzlich in allen Alleen und zwingt die Verantwortlichen zu regelmäßigen Kontrollen stellt aber in keiner Weise ein Argument für einen Verzicht auf große Bäume dar, zumal keine Schäden an Personen oder Privateigentum gemeldet wurden oder auf andere Weise bekannt geworden sind.

Die unvermeidlichen Schäden durch Wurzeln an Gehweg- und Parkplatzbelägen befinden sich im üblichen Rahmen und werden in angemessenen Zeiträumen beseitigt, die Kosten hierfür sind überschaubar. Zu den Schäden an Kanalanschlüssen ist festzustellen, dass es im Jahre 2013 bisher zwei Fälle in der

Oberfeldstraße gab. In beiden Fällen waren es laut Auskunft des TBA Steinzeugrohre mit Teerschnurdichtung. Diese Konstruktionen sind dafür bekannt, dass sie mit zunehmendem Alter Wurzeleindringungen keinen nennenswerten Widerstand leisten. In beiden Fällen wurden die Schäden seinerzeit durch das Tiefbauamt beseitigt und die Leitungen mittels sog. Inlinern saniert. Die Kosten für die privaten Grundstückseigentümer wurden vom Badischen Gemeindeversicherungsverband, dem Versicherer der Bäume der Stadt Karlsruhe, etwa hälftig erstattet.

Wichtig sei, dass Lösungen gesucht werden, meint **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** am Ende der Ausführungen und dafür mit dem städtischen Gartenbau- sowie dem Tiefbauamt Kontakt aufgenommen werde. Er sehe jedoch das Problem, dass die zwischenzeitlich von der Ortsverwaltung aufgebraachte Bitumenschicht wiederum nach oben gehe. Unter Umständen seien auch vorsorgliche Maßnahmen in einem kleinen Teil der Straße denkbar. Hierfür soll erkundet werden, wie weit die Wasserleitungen, die dort noch liegen, von den Pflanzungen betroffen sind.

Ortschaftsrat Klaus Bluck hält den drastischen Einschnitt des Fällens der Bäume bzw. Rückschnitt für nicht vorstellbar. Man müsse mit dieser Problematik, die übrigens bei allen großen Bäumen bestehe, leben. Damals seien Fehler beim Anlegen von Gehwegen und Parkbuchten gemacht worden - sie wurden zu nah an den Bäumen geplant. Von Totholz habe er bei den angesprochenen Bäumen fast nichts gesehen.

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt zeigt sich sehr froh über die Antwort der Ortsverwaltung. Als erste Maßnahme schlägt sie vor, falls es Totholz gebe, dieses zu entfernen. Ein Fällen der Bäume hält sie in der jetzigen Situation für überzogen. Nur wenn Gefahr durch Fäule ausgehe und große Äste abzubrechen drohen, dann befürworte sie dies – es liegen ihr allerdings keinerlei Informationen vor, dass die Bäume so krank seien.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber ist sehr dafür, die Bäume zu erhalten. Gefahren müssen ihrer Meinung nach allerdings ausgeschlossen werden. Sehr gut finde sie, wenn Tief- und Gartenbauamt mit einbezogen und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden.

Fraktionsvorsitzender Dieter König meint, seine Fraktion wolle keineswegs, dass diese schönen und sauerstofffördernde Bäume gefällt werden, sondern fordere konkret folgende Maßnahmen die teilweise bereits durch die Neureuter Gartenbauabteilung durchgeführt werden: Entfernen des Laubabfalls, bei Bedarf mehrmals, zeitnahe Beseitigung der Wurzelschäden im Bereich der Gehweg und

Parkbuchten, ein Rückschnitt der Bäume, die in die Privatgärten ragen – natürlich soweit möglich und vor allem, wenn dies von den Baumexperten empfohlen werde, bei Schäden die durch die Wurzeln verursacht wurden, eine 100 %ige Entschädigung der Grundstückseigentümer.

Abschließend sagt der Vorsitzende zu, Tiefbauamt und Gartenbauamt in die Thematik mit einzubeziehen und den Ortschaftsrat sowie die Zuhörer bzw. Anwohner entsprechend weiter zu informieren.

Ergebnis:

Gemeinsam mit den Fachämtern Gartenbauamt und Tiefbauamt der Stadt Karlsruhe soll weiter an Verbesserungsvorschlägen gearbeitet werden. Weitere Überprüfung zugesagt.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

4.1 Der Vorsitzende informiert:

- Auf eine zurückliegende Anfrage von **Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber** hinsichtlich Voraussetzungen für das Aufstellen einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage, dass diese in enger Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Karlsruhe nur an Örtlichkeiten installiert werden, an welchen es aufgrund weit überhöht gefahrener Geschwindigkeiten wiederholt zu Verkehrsunfällen kam und es sich somit um eine so genannte Unfallhäufungsstelle handele.
- **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** fragte zurückliegend wegen Biobeschickern auf dem Neureuter Markt an. Nach Rückfrage beim Marktamt liegen zurzeit keine Anfragen von Bioanbietern vor. Sollte eine Anfrage eingehen, wird diesem Bewerber ein Platz auf dem Neureuter Markt angeboten.
- Auf eine ebenfalls zurückliegende Anfrage von **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** ist die neue Drohnen-Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ausgelegt worden. Dazu zitiert der Vorsitzende die wichtigsten Regeln.

- Der Vorsitzende informiert über eine Antwort des Oberbürgermeisters, dass die Nordtangentialtrasse auf der Gemarkung Karlsruhe-Neureut aus dem Regionalplan herausgenommen werden solle. Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2030 (Kabinettsbeschluss August 2016) sowie in den entsprechenden Ausbaugesetzen habe der Bund nur die zweite Rheinbrücke sowie den Anschluss an die B 36 aufgenommen. Die restlichen Teilabschnitte, auch die Freihaltetrasse im Bereich zwischen B 36 und L 605, sind nicht mehr enthalten. Nun werde der Oberbürgermeister dem Regionalverband diese Herausnahme der Nordtangente auch aus dem Regionalplan vorschlagen.
- Auf ein zurückliegendes Schreiben von **Ortschaftsrat Klaus Bluck** weist der Vorsitzende zur Herstellung einer Querungshilfe in der Welschneureuter Straße hin, dass die Kernbohrungen gerade ausgewertet werden und die Ausschreibung in Arbeit sei. Die geplante Ausführung ist von September bis November 2017 vorgesehen.
- Landwirt Hardy Stober, der sehr viele Flächen in Neureut bewirtschaftet und auch die Flur in Ordnung halte, berichte in einem Schreiben über erhebliche Schäden, die er durch Wildschweine habe. Seine bestellten Flächen (Oberer, Mittlerer und Unterer Damm) seien in großem Umfang zerstört worden. Er habe sich natürlich auch an den Jagdpächter gewandt und Schadensersatz geltend gemacht. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dies auch bei der im nächsten Jahr fälligen Neuverpachtung der Jagd mit einbezogen werden solle.
- Am Donnerstag, 1. Juni 2017 um 18 Uhr findet im Sitzungssaal des Neureuter Rathauses im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Gewerbegebiet Gottesauer Feld“ eine frühzeitige Bürgerbeteiligung statt. Dies wird auch in der aktuellen Ausgabe der „Neureuter Nachrichten“ veröffentlicht sein.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

5.1 **Ortschaftsrat Karsten Lamprecht**

a)

erinnert eindringlich, unter Hinweis auf die Gemeindeordnung sowie die Geschäftsordnung des Ortschaftsrates §20, aus der er zitiert, an den lange zurückliegenden Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Kreisverkehr Ortseinfahrt“. Gemäß dieser müsste der Antrag spätestens bei der übernächsten Sitzung seit Antragstellung auf der Tagesordnung stehen.

Dies sei bisher nicht erfolgt. Auch ein Fachamt der Stadt Karlsruhe müsste dieser Vorgabe nachkommen. Daher bittet er nochmals, das Fachamt entsprechend darauf hinzuweisen, den Antrag zu behandeln und eine Stellungnahme dazu zu schreiben - ansonsten sehe er sich zu einer Beschwerde gezwungen.

b)

möchte wissen, warum der Gottesdienst an „Christi Himmelfahrt“ in diesem Jahr nicht wie traditionell im Schulzentrum stattfinden werde, sondern auf den Neureuter Platz ausweiche?

c)

Ein weiterer Punkt betreffe die Online-Termin-Vereinbarung. Lamprecht schickt vorweg, dass die Mitarbeiter des Bürgerservice einen tollen Job machen, dort ein äußerst reger Publikumsverkehr herrsche und damit von ihnen sehr viel abgearbeitet werde. An ihn sei jedoch herangetragen worden, es sei sehr schwierig, online einen Termin zu bekommen. Dies sei zum einen nur für sieben Tage möglich, zum anderen seien die Termine bereits geblockt. Dies stelle keinen Vorwurf dar, dennoch müsse man Lösungen suchen – entweder mit mehr Personal oder das System ändern, um eine Verbesserung herbeizuführen, damit die Bevölkerung eher Termine bekommen könne.

Antworten:

zu a)

Das Thema wird bei der Sitzung des Technischen Ausschusses am 30. Mai 2017 auf der Tagesordnung stehen.

zu b)

Pfarrer Lüttinger habe angerufen und mitgeteilt, dass man vorhabe, dieses Jahr den Gottesdienst außerhalb der Schule, auf dem Neureuter Platz, im Freien, abzuhalten. Eventuell wolle man nächstes Jahr in die Kirchfeldsiedlung und im übernächsten Jahr sei ein ökumenischer Gottesdienst im Bereich Nord vorstellbar. Der Vorsitzende habe in diesem Zusammenhang auch angeboten, falls er zuvor davon erfahren hätte, ein Gespräch mit den bisher beteiligten Mitarbeitenden der Ortsverwaltung zu führen. Pfarrer Lüttinger zeigt sich mit den jetzigen Planungen jedoch zufrieden. Der Brunnen am Neureuter Platz werde während des Gottesdienstes abgeschaltet.

Ortschaftsrat Karsten Lamprecht fragt nach, was bei Regen passiere und ob es eine Festlegung der Ortsverwaltung gegeben habe, dass der Gottesdienst nicht im Schulzentrum mehr stattfinden könne? Bei Regen werde man in den Kirchenraum der nahe gelegenen katholischen Kirche gehen. Es sei keine Festlegung der Ortsverwaltung erfolgt.

zu c)

Dazu erläutert der Leiter des Hauptamtes, Achim Weinbrecht, die gegenwärtigen Vorgaben entsprechend der vorhandenen Software. Demnach können online Termine nur 7 Tagen voraus gebucht werden. Zudem führt er aus, wie sich die vorhandenen Personenressourcen auf Terminalschalter verteilen, auch bei Krankheiten, Fehlzeiten etc. Bei einem Terminalschalter sei die Kapazität sehr eingeschränkt, wobei Verbesserung ab Juli mit einem neuen Aufrufsystem „Tempus“, das stadtweit im Ordnungsamt eingeführt werde, teilweise in Aussicht stehe. Dabei wird eine Marke mit einem verbindlichen Termin gezogen. Es gibt auch die Möglichkeit, einen Termin für den nächsten Tag zu buchen. Das Gerät werde im Foyer des Neureuter Rathauses installiert. Zudem werden dabei alle freien Plätze in sämtlichen Karlsruher Bürgerbüros angezeigt. Jedoch dämpfte dabei Weinbrecht allzu hohe Erwartungen, denn zumindest im KFZ-Wesen werde es keine großen Kapazitäten geben. Hier gebe es stadtweit keine freien oder schnellen Termine. Er empfiehlt, neue Autos über einen Zulassungsdienst anzumelden, die über separate Termine verfügen oder entsprechende Wartezeiten einzuplanen.

Eine andere Lösung sei insgesamt nur mit mehr Personal zu realisieren.

Als ein „Opfer“ im KFZ-Zulassungswesen macht **Ortschaftsrat Klaus Bluck** deutlich, es komme vor, dass man mitunter schnell ein KFZ abmelden müsse, z.B. weil man es verkaufe. Ein Termin hierfür sei ausschließlich online und später zu bekommen. Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht erinnert daran, dass eine politische Mehrheit diesem System zugestimmt habe und verwies andererseits auf die verlässlichen Termine. Aufgrund des vorhandenen Personals könne nicht mehr angeboten werden. Der Vorsitzende bekräftigt, man hoffe, dass sich die Situation mit Einführung von „Tempus“ wesentlich verbessere.

Mit dem Wertmarkenzieher entfalle der Onlinetermin bei Kfz, präzisiert Weinbrecht. So erhöhe sich die Kapazität bei Kfz um ein Dreifaches.

In diesem Zusammenhang berichtet Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber von eigenen positiven Erfahrungen und schnellen Onlineterminen.

5.2 **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**

a)

dankt für die Gestaltung des Osterbrunnens vor dem Rathaus und bittet, diesen an die Beteiligten weiterzugeben.

b)

möchte abermals wissen, warum auf den Friedhöfen nicht mit Rasenmähern mit Fangsäcken gearbeitet werde?

Antwort:

Zu b)

Überprüfung zugesagt.

5.3 **Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber** fragt nach (bereits mehrmals von Herrn Birkner nachgefragt), wann auf den neu gestalteten Spielplatz in der Ina-Seidel-Straße ein Schild angebracht werde, dass darauf hinweist, dass hier Hunde verboten seien.

Antwort:

Nach Überprüfung werde das Schild angebracht.

5.4 **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** informiert sich, ob hinsichtlich der Ankündigung, das Thema „Standort Adolf-Ehrmann-Bad“ in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 30. Mai zu beraten, sich etwas geändert habe?

Antwort:

Dies wird verneint.

Dazu meint **Ortschaftsrat Detlef Hofmann**, die Politiker würden sich sehr freuen, wenn sie bereits im Vorfeld zu diesem TOP Unterlagen erhalten könnten. Es sei immer äußerst schwierig, darüber sowohl fraktionsintern als auch übergreifend zu beraten, wenn es nur eine Tischvorlage gebe.

Antwort:

Dem Ortschaftsrat stehen hierzu alle Unterlagen zur Verfügung, über die die Ortsverwaltung verfügt. Die Ortsverwaltung hat über Dezernat 6 dem

Stadtplanungsamt mitgeteilt, dass Ortschaftsrat und Ortsverwaltung einen weiteren Standort geprüft haben wollen. Dies sei bereits angefordert und zwischenzeitlich nochmals erinnert bzw. reklamiert worden.

- 5.5 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** bittet im Vorfeld des Technischen Ausschusses ein Bild vom Festplatz/Adolf-Ehrmann-Bad (Google) mit Vermassung, Eigentumsverhältnissen etc. zuzumailen.

Antwort:

Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt möge hierzu per Mail genau ihre Wünsche mitteilen.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: